

Beschluss Nr. 794/2009
Schwyz, 7. Juli 2009 / bz

„Keine Spekulation mit unseren Steuergeldern“ / „Stopp der Spekulation mit Gemeindegeldern“
Beantwortung der Motionen M 4/09 und M 5/09

1. Wortlaut der Motionen

1.1 Motion M 4/09

Am 16. Februar 2009 hat Kantonsrat Daniel Hüppin folgende Motion eingereicht:

„Landesweit hat der erhebliche Buchverlust, den eine Geld-Anlage der Gemeinde Freienbach erzielt hat, zu Aufsehen und Empörung geführt. Mit Erstaunen muss zur Kenntnis genommen werden, dass es Behörden im Kanton Schwyz möglich ist, Volksvermögen in spekulative, so genannte `strukturierte Produkte` zu investieren.

Betroffen sind nicht nur die Freienbacher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Durch die Verknüpfungen und Wechselwirkungen des innerkantonalen Finanzausgleichs beeinflusst das Finanzgebaren einer reichen Gebergemeinde indirekt auch arme Empfänger-Kommunen, was letztere angesichts der nach wie vor viel zu grossen Steuerdisparität unter den Schwyzer Gemeinden umso mehr interessieren muss.

Wir bitten den Regierungsrat, ähnlich wie dies in andern Kantonen der Fall ist, dem Kantonsrat gesetzliche Schranken zu unterbreiten (allenfalls durch Ergänzungen im Gemeinde-Organisations- oder im Finanzhaushaltsgesetz), die öffentliche Schwyzer Körperschaften, die ihre Einnahmen ja aus Steuern generieren, hindern, in offensichtlich spekulative, risikoreiche Anlagen zu investieren.“

1.2 Motion M 5/09

Am 16. Februar 2009 haben die Kantonsräte Walter Duss und Herbert Huwiler folgende Motion eingereicht:

„Im Finanzvermögen verschiedener Gemeinwesen im Kanton Schwyz sind flüssige Mittel vorhanden, die den Bedarf zur Erfüllung der dem entsprechenden Gemeinwesen übertragenen Aufgaben zum teil deutlich überschreiten. Im Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden, § 40 Bst. G, obliegt dem Bezirks- bzw. Gemeinderat die Anlage der Gelder ohne weitere Einschränkung. Auch in der Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke

und Gemeinden werden keine Vorgaben gemacht. Mit der vorhandenen Gesetzgebung sind die entsprechenden Behörden berechtigt, mit den vorhandenen Geldern in der Hoffnung auf zusätzliche Erträge spekulative Risiken einzugehen, die ein entsprechend grosses Kapitalverlustrisiko beinhalten.

Im Unterschied zu Anlagen von privatwirtschaftlichen juristischen oder natürlichen Personen kann es bei Anlagen der öffentlichen Hand niemals das Ziel sein, hohe Risiken einzugehen und unter Umständen entsprechend höchste Gewinne oder eben Verluste zu erzielen. Die Einnahmen aus der Steuererhebung stellen ein mittelfristiges Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausgaben sicher. Die Erhebung von Steuern dient keinesfalls dem Ausgleich von Spekulationsverlusten. Es kann vermutet werden, dass der Gesetzgeber bisher davon ausgegangen ist, dass die Gemeinde- und Bezirksräte flüssige Mittel nicht spekulativ anlegen. Die meisten Bezirke oder Gemeinden waren bisher auch nicht in der Lage, mit flüssigen Mitteln zu spekulieren. Die unmittelbare Vergangenheit hat aufgezeigt, dass dies zumindest in einem Fall nicht so war.

Wir fordern den Regierungsrat auf, das Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden analog bereits bestehender Regelungen in anderen Kantonen sinngemäss wie folgt anzupassen:

- a) Die Gemeinde- oder Bezirksgelder des Finanzvermögens sind sicher anzulegen. In der Regel sollen sie einen Ertrag abwerfen, der mindestens dem landesüblichen Zins von Sparheftguthaben entspricht. Als sichere Anlagen gelten:*
- b) Festverzinsliche Wertpapiere wie Depositen-, Spar- und Anlegehefte sowie Festgeldanlagen und Kassenobligationen von Geldinstituten, die dem eidgenössischen Bankengesetz unterstehen und öffentlich Rechnung ablegen;*
- c) Obligationen des Bundes, der Kantone und Gemeinden in der Schweiz sowie Anleihenobligationen der Emissionszentralen der Schweizer Städte und Gemeinden;*
- d) Darlehen an andere Gemeinden des Kantons Schwyz, an den Kanton Schwyz oder an gemeinde- oder kantonseigene Anstalten mit einer Laufzeit bis zu zehn Jahren;*
- e) Grundpfanddarlehen auf Wohnbauten in der eigenen Gemeinde bis zu zwei Dritteln des Realwertes;*
- f) Grundstücke in schwyzerischen Gemeinden.*

Wir danken dem Regierungsrat für das zeitnahe Vorlegen einer entsprechenden Vorlage, die den obigen Ausführungen Rechnung trägt.“

2. Antwort des Regierungsrates:

2.1 Nach § 88 des Gesetzes über die Organisation der Gemeinden und Bezirke vom 29. Oktober 1969 (GOG; SRSZ 152.100) übt der Regierungsrat die Aufsicht über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden aus und wacht über die Erhaltung des Vermögens der Gemeinden. Zuständig für die Verwaltung des Vermögens in den Gemeinden und Bezirken ist der Gemeinde- respektive der Bezirksrat (§ 40 Bst. e des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden vom 27. Januar 1994 (FHG; SRSZ 153.100). Zusätzlich wird in § 40 Bst. g dieses Gesetzes dem Bezirksrat bzw. dem Gemeinderat aufgetragen, für die Anlage der Gelder besorgt zu sein. Daraus und aus den allgemeinen Grundsätzen der Haushaltsführung (§§ 2 ff. FHG) ergibt sich, dass bei der Anlage von Mitteln der Gemeinden und Bezirke möglichst ein Ertrag zu erwirtschaften und auf eine sichere Geldanlage zu achten ist. Weder im Finanzhaushaltsgesetz noch in der Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden vom 19. Dezember 1995 (VVFHG; SRSZ 153.11) werden diese Grundsätze für die Anlage der Gelder zusätzlich konkretisiert. § 2 VVFHG enthält immerhin Vorschriften über die Bewertung des Finanzvermögens, der Bezug auf eine Reihe von Anlageformen nimmt.

2.2 Der Regierungsrat, der als Aufsichtsorgan über die Erhaltung des Vermögens der Gemeinden und Bezirke zu wachen hat, hat bis anhin bewusst darauf verzichtet, den Erlass von Anlagevorschriften zu beantragen oder selbst solche zu erlassen. Die Bezirke und Gemeinden waren nämlich bis vor wenigen Jahren kaum in der Lage, kurz- oder langfristige Geldanlagen zu tätigen. Das hat sich in den letzten Jahren verändert, sodass eine Prüfung des Erlasses von Anlagevorschriften angezeigt ist. Dass ein Bedürfnis für solche Vorschriften bestehen kann, belegt das in den beiden Motionen erwähnte Beispiel der Gemeinde Freienbach.

2.3 Zu Beginn der Achtzigerjahre haben die Kantone damit angefangen, für sich und für die Gemeinden das so genannte Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) einzuführen. Auch der Kanton Schwyz hat für sich – sowie die Gemeinden und Bezirke – dieses Rechnungsmodell eingeführt. Der Bund ist sodann mit dem neuen Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt vom 7. Oktober 2005 (Finanzhaushaltsgesetz; FHG; SR 611.0) einen deutlichen Schritt weiter gegangen und folgt bei seiner Rechnungslegung den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Die Mehrheit der Kantone will in den nächsten Jahren das Rechnungsmodell ebenfalls erneuern und das Modell HRM2 der Kantonalen Finanzdirektorenkonferenz einführen. Der Regierungsrat plant, dem Kantonsrat mittelfristig eine Revision des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, auch über die Einführung von Vorschriften über die Anlage von Finanzvermögen zu befinden.

2.4 Für die Zeit bis zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Anlage von Finanzvermögen in den Bezirken und Gemeinden will der Regierungsrat – gestützt auf seine Aufsichtsbefugnisse – den Bezirks- und Gemeinderäten dazu Vorgaben machen. In Betracht kommen hierfür der Erlass einer gesonderten Weisung oder eine Ergänzung der Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden.

2.5 Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motionen in Postulate umzuwandeln und als erheblich zu erklären. Das neue Rechnungsmodell HRM2 soll zuerst für den Kantonshaushalt eingeführt werden und es sollen damit auf Kantonsebene erste Erfahrungen gesammelt werden. In einer zweiten Phase soll das Recht für die Bezirke und Gemeinden angegangen werden. Bei diesem Vorgehen kann die Vollzugsfrist gemäss § 56a Geschäftsordnung für den Kantonsrat des Kantons Schwyz vom 28. April 1977 (GOKR; SRSZ 142.110) nicht eingehalten werden. Für die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes der Bezirke und Gemeinden und die Einführung von HRM2 braucht es mehr Zeit. Dem Kantonsrat wird daher beantragt, dem Regierungsrat die Frist für den Vollzug der Postulate abzunehmen (§ 56a Abs. 2 GOKR).

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, die Motionen M 4/09 und M 5/09 in Postulate umzuwandeln und als erheblich zu erklären. Die Vollzugsfrist ist dem Regierungsrat im Sinne von Ziff. 2.5 der Erwägungen abzunehmen.

2. Zustellung: Mitglieder des Kantons- und des Regierungsrates; Finanzdepartement; Sicherheitsdepartement; Staatskanzlei.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Georg Hess, Landammann

Peter Gander, Staatsschreiber